

Kleine Anfrage 4100

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Aussetzung der Vollstreckung von Verzugszinsen

Das Bundesfinanzministerium hat mit Schreiben vom 14.06.2018 die obersten Finanzbehörden der Länder angewiesen, die Vollziehung von Zinsfestsetzungen in Höhe von 6% p.a. (§ 238 Abs. 1 AO) auszusetzen, soweit Einspruch erhoben und die Aussetzung der Vollziehung beantragt worden ist. Dies erfolgte aufgrund der vom Bundesfinanzhof geäußerten erheblichen verfassungsrechtlichen Zweifel angesichts der Höhe des Zinssatzes. Das Bundesfinanzministerium erstreckt das Schreiben auf Verzinsungszeiträume ab 01.04.2015.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird dieses Schreiben des Bundesfinanzministeriums in Brandenburg gehandhabt? Erfolgt eine Beachtung?
2. Wurden nachgeordnete Behörden durch die Landesregierung auch angewiesen, Vollziehungen auszusetzen?
3. Wurden Kommunen und kommunale Aufgabenträger angewiesen, Vollziehungen auszusetzen?
4. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen trotz dieses Schreibens und trotz Einspruches und Antrages auf Aussetzung der Vollziehung die Vollstreckung betrieben wird?
5. Wie ist dieses Schreiben in Ansehung der bis heute betriebenen Vollstreckung (!) verfassungswidriger Altanschließerbeiträge durch manche Zweckverbände zu bewerten? Bitte dies vor allem vor dem Hintergrund beleuchten, dass manche Zweckverbände derzeit dazu übergehen, zunächst gestundete Zahlungen jetzt rückwirkend voll zu verzinsen und zu vollstrecken.